



**FÜR FRIEDEN, UMWELT,
KLIMASCHUTZ UND
SOZIALE SICHERUNG!**

OSTERMARSCH OWL

2023

**DEMONSTRATION AM
SAMSTAG, 8. APRIL 2023**

**START: 12 UHR HAUPT-
BAHNHOF BIELEFELD**

**ABSCHLUSSKUNDGEBUNG:
13 UHR JAHNPLATZ**



Stoppt die Kriege! Diplomatie statt Eskalation!

Krieg bringt Tod und Zerstörung, Elend und Vertreibung für Menschen und andere Lebewesen. Unser Mitgefühl gilt allen Verwundeten, Vertriebenen und allen die um ihr Leben und das ihrer Angehörigen fürchten. Dieses gilt für die Ukraine und ebenso für andere von Krieg betroffene Staaten und Regionen wie Afghanistan, Jemen, Syrien, Kurdistan, Mali und weitere. Unsere Solidarität gehört allen friedliebenden Menschen und Kriegsdienstverweiger*innen in der Ukraine, in Russland und anderswo.

Stoppt den Krieg in der Ukraine!

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine ohne Wenn und Aber! Um Wege zur Konfliktlösung zu finden, muss die Vorgeschichte des Krieges berücksichtigt werden, dazu gehören der Bürgerkrieg in der Ostukraine seit 2014, die NATO-Osterweiterung und die Pläne zur Aufnahme der Ukraine in die NATO. Jeder Kriegstag in der Ukraine bringt mehr Tote und mehr Zerstörung. Die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen NATO und Russland wächst mit jedem Kriegstag bis zur Ausweitung zu einem Atomkrieg. Trotz des unermesslichen Leids finden keine direkten Verhandlungen statt.

Wir treten ein:

- Für verstärkte und ernsthafte Bemühungen für diplomatische Lösungen, für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen, ohne Vorbedingungen, wie es auch die UN fordert.
- JA zur Sprache des Friedens - NEIN zur Logik des Krieges! Verhinderung einer Eskalation bis zum Atomkrieg, indem alle fünf Atomkräfte des UN-Sicherheitsrats gemeinsam eine Erklärung zum Verzicht

auf den Ersteinsatz mit Atomwaffen vorlegen.

- Keine Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete!

Sie eskalieren und verlängern Kriege.

- Für eine neue Sicherheitsordnung in Europa. Nur durch Kooperation lassen sich die Klimakatastrophe und Naturzerstörung wirksam bekämpfen.

Für Abrüstung, Frieden, soziale Gerechtigkeit sowie Natur- und Klimaschutz weltweit!

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine dient jetzt als Vorwand für ein gigantisches, seit langem geplantes Aufrüstungsprogramm. Deutschland will 100 Mrd. € und noch viel mehr ins Militär investieren und stünde damit auf dem dritten Platz bei den weltweiten Rüstungsausgaben. Das Geld wird dringend benötigt für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur sowie für den Kampf gegen die Klimakatastrophe und die Ernährungskrise. Weltweit hungern über 800 Millionen Menschen. Ernteauffälle in der Ukraine und ausbleibende Getreide- und Düngemittel-Exporte auch als Folge der Sanktionen gegen Russland führen zu einem Mangel an Nahrungsmitteln und steigenden Preisen weltweit.

Wir fordern:

- NEIN zum 100 Milliarden Aufrüstungspaket! JA zu einem Paket für Klima, Soziales, Gesundheit und Bildung!
- Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland! Gegen den Kauf der US-Atombomber! Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch die Bundesregierung!
- Keine Unterstützung von Kriegen! Nicht in der Ukraine, nicht im Jemen oder anderswo!
- Zivile Konfliktlösungen stärken sowie diplomatische Initiativen zur Beendigung von Kriegen!

- Besteuerung der Kriegsprofiteure und Entlastung der wirtschaftlich Benachteiligten!
- Schluss mit der Sanktionspolitik! Nicht Oligarchen leiden darunter, sondern Menschen und andere Lebewesen.
- Fluchtgründe beseitigen statt Flüchtende bekämpfen! Gleiche Rechte und Gleichbehandlung für alle Flüchtenden! Anerkennung von ukrainischen und russischen Deserteuren im Asylverfahren!

Es gibt nur dann eine Zukunft für die Menschheit und unsere oft vergessenen Mitlebewesen, wenn die Welt eine friedliche wird.



www.bielefelder-friedensini.de,
kontakt@bielefelder-friedensini.de
Unterstützer:Innen des Aufrufs sind auf unserer website zu finden.
Spendenkonto: Monika Greve/Friedensinitiative
IBAN. DE66480501610367204625

Wir distanzieren uns ausdrücklich von jeglicher Form von Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und LGBTQ-Feindlichkeit. Personen, die der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind, sind von der Teilnahme ausgeschlossen.